

Union bekräftigt: Keine Waffenstopps für Israel trotz wachsender Kritik!

Die Union lehnt Waffenexportstopp an Israel ab; Rüstungslieferungen seit 2023 um 485,1 Millionen Euro genehmigt.



Israel - Die Unionsfraktion im Bundestag hat sich klar gegen einen Stopp der Waffenlieferungen an Israel ausgesprochen. Dies wurde von Außenminister Johann Wadephul (CDU) und dem Fraktionsvorstand einstimmig beschlossen. Die politischen Forderungen vonseiten der SPD, insbesondere aufgrund der besorgniserregenden humanitären Situation im Gazastreifen, wurden zwar zur Kenntnis genommen, jedoch ohne konkrete Konsequenzen in Form eines Waffenstopps. Stattdessen soll Kritik an der israelischen Regierung geäußert werden, was jedoch nicht zu einer Veränderung der Rüstungsexportpolitik führen wird.

Seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 hat die

Bundesregierung Rüstungsexporte an Israel im Wert von 485,1 Millionen Euro genehmigt, die bis zum 13. Mai 2025 gültig sind. Diese Zahlen stammen aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion. Ein Sprecher der Unionsfraktion, Steffen Bilger, verwies auf die Bedrohung Israels durch Angriffe aus dem Jemen und Iran und betonte die Notwendigkeit der Unterstützung.

Kritik und rechtliche Herausforderungen

Der Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat zwar die israelische Regierung kritisiert, jedoch ohne das Vorhaben einer Waffenexportaussetzung in Betracht zu ziehen. Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) unterstrich, dass die Staatsräson gegenüber Israel entscheidend für die Entscheidung über die Rüstungsexporte bleibt. Ulrich Thoden von der Linken fordert hingegen die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen, um zu verhindern, dass Deutschland als Beihilfe zu Völkerrechtsverbrechen angesehen wird.

Die rechtlichen Herausforderungen bezüglich der Rüstungsexporte haben sich ebenfalls verstärkt. Nicaragua hat beim Internationalen Gerichtshof Klage gegen Deutschland eingereicht, wegen mutmaßlicher Beihilfe zum Völkermord. Diese Klage wurde nicht abgewiesen, jedoch wies das Gericht einen Eilantrag zum sofortigen Stopp der Lieferungen zurück. Dies verdeutlicht die komplexe rechtliche Lage, in der sich Deutschland im Hinblick auf die Rüstungsexporte an Israel befindet.

Öffentliche Meinung und politische Debatten

Zudem spiegelt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa wider, dass 58 Prozent der Deutschen eine Aussetzung der Waffenlieferungen an Israel befürworten. Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali-Radovan betonte

die Notwendigkeit, Druck auf Israel auszuüben, um die humanitäre Lage zu verbessern. Der Fraktionsvize der Grünen, Andreas Audretsch, sprach sich ebenfalls für einen Exportstopp von Offensivwaffen an Israel aus. Die Diskussion um deutsche Rüstungslieferungen an Israel bleibt somit hochaktuell und umstritten.

Diese Entwicklung zeigt eine wachsende Kluft zwischen der aktuellen Regierungsposition und den Forderungen aus der Opposition sowie der Zivilgesellschaft. Während die Union eine ungebrochene Unterstützung für Israel bekräftigt, wächst der Druck von verschiedenen Seiten, die moralischen und rechtlichen Implikationen der Rüstungsexporte zu überdenken. Die anhaltenden Konflikte im Nahen Osten und die geopolitischen Spannungen werden die Debatte weiterhin beeinflussen.

Details	
Vorfall	Rüstungsexporte
Ort	Israel
Schaden in €	485100000
Quellen	• www.zvw.de • www.n-tv.de • www.ecchr.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net